

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerbeabteilung entgegen. — Erscheint werktäglich. — Preis pro Stück 10 Pf. — Postamt Nr. 63.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Die Anzeigenabteilung. Druck: Die Anzeigenabteilung. Postamt Nr. 63.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 100.

Nr. 213

Freitag, den 12. September 1924

19. Jahrgang

Die mißbrauchte Kriegsschuldfrage.

Die Parteilichkeit der Deutschnationalen ist wie nie in einer höchst anmaßenden Erklärung bekannt. Bei der Reichsregierung vorstellig geworden, weil diese noch immer mit der Uebergabe der Kriegsschuldfrage an die alliierten Mächte zögert. Sie hat die Erwartung ausgesprochen, daß die Reichsregierung in ihrer für Anfang nächster Woche angekündigten Sitzung die endgültige Ratifizierung der Erklärung beschließen werde. Bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß die Reichsregierung sich den Deutschnationalen gegenüber verpflichtet hat, die Ratifizierung vorzunehmen. Es wäre wünschenswert, wenn die Öffentlichkeit etwas Näheres darüber erfahren könnte, zu welchem Zeitpunkt und unter welchen Umständen die Reichsregierung eine derartige Verpflichtung eingegangen ist. Bekanntlich hatte der Reichstag seinerzeit im Reichstage auf die Frage des Abgeordneten Breitscheid, ob gewisse Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Deutschnationalen stattgefunden hätten verneinend geantwortet. Allerdings bestand schon damals der Eindruck, daß die Erklärung der Reichsregierung über den Widerruf der Kriegsschuldfrage das Ergebnis von Verhandlungen mit den Deutschnationalen gewesen sei.

Schon der enge Zusammenhang zwischen den parlamentarischen Vorgängen bei der Abstimmung über die Danesgesetz und der Kriegsschuldfrage der Regierung hatte genügt um diese eines großen Teiles ihres Wertes zu berauben. Die deutschfeindliche Presse des Auslandes wies sofort darauf hin, daß die Erklärung innervollstreckliche Zwecke verfolgte und deshalb keine überzeugende Kraft besitze. Diese Beweisführung unserer Gegner wurde noch unterstützt durch die Deutschnationalen, die in ihrer kurzschichtigen, nur auf Parteilichkeit bedachten Art sofort in alle Welt hinausposaunten, daß es nur ihrem Druck auf die Regierung zu verdanken sei, daß die Reichsregierung sich zur Veröffentlichung der Erklärung bereitgefunden habe. Dabei wußten die Deutschnationalen sehr wohl, daß ihre Behauptung nur zur Hälfte wahr ist, denn es hat von jeher in der Politik der Reichsregierung gelegen die Lösung der Kriegsschuldfrage nach Möglichkeit zu fördern. Sie hat deshalb schon in London gewisse Schritte in dieser Richtung getan, allerdings nicht in der öffentlichen Sitzung, weil sie eine Sprengung der Konferenz vermeiden wollte. Die Reichsregierung hatte aber berechtigtes Bedenken, diese offizielle Erklärung kurz vor dem Zusammentritt der Genfer Völkerbundversammlung abzugeben; und auch die Deutschnationalen haben ja in ihrer Erklärung vom Dienstagabend diese Bedenken als stichhaltig anerkannt.

Durch die kategorische Forderung der Deutschnationalen an die Reichsregierung, die Erklärung nun sofort den Alliierten zu ratifizieren, wird der praktische Wert der Erklärung für Deutschland nun aber völlig beseitigt. Nun wird niemand mehr im Ausland daran zweifeln, daß die Reichsregierung, wenn sie die Erklärung abgibt, nur unter innerpolitischem Druck gehandelt hat, und alle Welt wird den Wert der deutschen Erklärung danach einschätzen. Die Gegenaktion, die dann sofort von der anderen Seite eingesetzt wird, wird für die schon alle Vorbereitungen getroffen sind, wird dann einen so günstigen Boden finden, daß das ganze Unternehmen mit einer schweren Niederlage Deutschlands enden wird. Daran besteht für jeden, der nur ein wenig über seine Interessen hinaussehen vermag, nicht der geringste Zweifel. Mit den Deutschnationalen Trompeten von Jerichow werden mit die Mauern der gegen Deutschland in der Welt aufgeführten Vorurteile gewiß nicht umbauen, sondern lediglich einen Sturm entfachen, der die alten Hasse neu belebt und die jetzt endlich einsetzende Beruhigung wieder unterbricht.

Man sollte eigentlich annehmen, daß das auch den Deutschnationalen einleuchten sollte. Aber sie haben ja schon immer die Auffassung gehabt, daß Wahrheit die beste Politik ist. Außerdem kommt ihnen offenbar diese Angelegenheit sehr zupasse, um die Unruhe in ihren eigenen Reihen zu dämpfen. Der Verdacht liegt doch sehr nahe, daß der ganze Druck, der sich jetzt in der Deutschnationalen Presse erhebt, nur die eigenen Anhänger über die tatsächliche Lage der Reichsregierung bei der Abstimmung über das Londoner Abkommen hinwegzulenken soll. Die Rebellion innerhalb der Deutschnationalen Partei hatte schon so stark ihr Haupt erhoben, daß den Deutschnationalen Führern jetzt jedes Mittel recht ist um ihre Schiffe wieder in die Lürde zu treiben. Das darunter die allgemeinen Interessen des deutschen Volkes zu leiden haben, das verschmäht ihnen nicht viel da sie schon Mittel und Wege finden werden, um den entstehenden Schaden der Reichsregierung in die Schuhe zu schieben. Diese Politik ist zwar nicht deutsch, auch nicht national, aber sehr Deutschnational.

Amerika und die Schuldfrage.

Der Tag wird kommen . . .

Die Aufrollung in diesem Augenblick liegt „das Spiel Poincares treiben“.

Reinholt 10. Sept. Die Auffassung die hier über einstimmend auch in Kreisen die Deutschland wohlgefallen sind, bezüglich einer Aufrollung der Kriegsschuldfrage im jetzigen Augenblick vertreten wird, geht dahin daß Deutschland besser täte, einen günstigeren Zeitpunkt zu wählen. Gerade jetzt sei eine nur mühsame Verständigung in der Reparationsfrage erzielt und das überaus heikle Problem der internationalen Abrüstung angeknüpft worden. Ein deutscher Protest gegen den Versailler Schuldartikel würde nach Meinung hiesiger Politiker nur eine nachteilige Wirkung haben können. Die Zeit arbeite ja doch für Deutschland, und der Tag werde kommen, wo in ruhigerer Atmosphäre eine Revision des Versailler Urteils möglich sein werde. Ueberzeugung könne aber nur Schaden. Die von dem früheren amerikanischen Botschafter in London George Harvey geleitete „Washington Post“ schreibt heute kein Augenblick könne weniger geeignet sein, die Kriegsschuldfrage offiziell zur Debatte zu stellen, als gerade der jetzige. Deutschland würde damit nur einen neuen Anlaß zu Zweifeln an seiner ehrlichen Absicht das Londoner Abkommen durchzuführen, geben. „New York Times“ loben die Marx-Regierung, daß sie gesunde Einsicht genug bewiesen habe, die Ausführung dieses Planes aufzuschieben und sagt hinzu die Deutschnationalen spielten geradezu in die Hände Poincares, wenn sie darauf beständen, gerade jetzt die Kriegsschuldfrage zu erörtern. Eine Revision von Versailles könne nur durch Zusammenarbeit und im verständlichen Geiste nicht durch Herausforderung erreicht werden. Aus allen bisher erschienenen Pressekommentaren geht ungewissheit hervor, daß die ame-

rikanische öffentliche Meinung die Vertagung der Kriegsschuldfrage durchaus nicht grundsätzlich ablehnt, jedoch die Zeit noch nicht für gekommen hält, sie aufzuwerfen.

Die Völkerbundversammlung findet hier der Öffentlichkeit fast ausschließlich der Wahlkampagne, dem Besuch des Prinzen von Wales und der Ankunft der Weltkrieger gilt. Die demokratische „World“ bemerkt heute nur spöttisch nachdem die republikanische Regierung für monatelang geizert und dem Völkerbund die kalte Schulter gezeigt habe, seien jetzt die europäischen Völker auf dem Wege zur Lösung des größten Weltproblems, ohne daß Amerika seinen Einfluß dabei geltend machen könne.

Mailand, 10. Sept. Der Mailänder „Secolo“ meldet aus Paris: Ein französisches Entschließen nach gemeinsamer Stellungnahme der Signatarmächte für den Versailler Vertrag ist am Dienstag den alliierten Kabinetten zugegangen. Der französische Antrag ist nur ein Eventualantrag für den Fall daß eine amtliche Ratifizierung des deutschen Einpruchs zur Kriegsschuldfrage erfolgen sollte woran man seit Montag in Paris nicht mehr glauben will.

Rotterdam, 10. Sept. Die Londoner „Times“ will zuverlässig aus Berlin erfahren haben, daß die deutsche Absicht, eine Kriegsschuldfrage den Alliierten zu überreichen, formell zwar nicht aufgegeben ist, daß aber der Zeitpunkt der Veröffentlichung verschoben worden ist. Vor Begehung der Anleihe und vor Lösung der letzten Aufrüstungsfragen werde der deutsche Schritt nicht erfolgen.

Die Reichsregierung gegen eine Brotpreiserhöhung.

Drohung mit Aufhebung des Nachtbrotverbots.

Berlin, 10. Sept. Das amtliche Waffbüro meldet: Gegen eine Erhöhung der Brotpreise spricht sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in einem Rundschreiben an die Regierungen der deutschen Länder aus. Es wird darin festgestellt, daß eine Erhöhung der Brotpreise auf Grund des Steigens der Preise für Getreide und Mehl seit Mitte Juli d. J. nicht berechtigt wäre. Auf das Risiko Brot umgeändert sei der Einstandspreis für Brot bei 65 Prozent Ausmahlung des Roggens seit Ende Januar d. J. in Berlin um nur 0,7 Pfennig gestiegen. Diese geringe Schwankung könne auf den Brotpreis am wenigsten Einfluß haben, als der Mehlpriest seit Ende Januar bis zum letzten Drittel des Juni von 21,60 M. für 100 Kilogramm Roggenmehl auf 18,90 Mark gefallen war. Ebenso wie der Brotpreis nicht im Verhältnis dieses Sinkens herabgesetzt worden ist, müsse nunmehr verlangt werden, daß die Bäcker nicht einen geringen Aufschlag des Mehlpriest dazu benutzen, um höhere Brotpreise zu erzielen, vielmehr müsse gefordert werden, daß auch bei einem zeitweiligen Ansteigen der Getreidepreise der Brotpreis gehalten werde. Ein höherer Roggenpreis für die Tonne als der bisherige dürfe auch nichts am jetzigen Brotpreis alsbald ändern. Ein Vergleich der Preisverhältnisse zwischen 100 Kilogramm Roggen und 100 Kilo Roggenbrot in der Friedenszeit 1912/13 und dem 1. August 1924 zeige deutlich, daß den Bäckern hiermit nicht etwa wirtschaftliche Lasten zugemutet werden, welche sie nicht tragen könnten. Im Durchschnitt der Jahre 1912/13 habe die Spanne zwischen Roggen- und Brotpreis 92,7 Prozent des Roggenpreises betragen, sie sei jetzt auf 101,4 Prozent gestiegen. Dieses Preisverhältnis in Berlin sei auch in den übrigen Teilen des Reiches im gleichen Maße vorhanden. Der Ernährungsminister ermahnt die Landesregierungen überall einer etwaigen Erhöhung des Brotpreises mit Nachdruck entgegenzutreten, widrigenfalls eine Verbilligung des Brotes durch Aufhebung des Nachtbrotverbots Förderung der Herstellung in Großbetrieben und ähnliche Maßnahmen angeordnet werden müssen.

Die Zeppelin-Probefahrt wieder abgesetzt.

Briedrichshafen 10. Sept. Die Probefahrt des Amerika-Luftschiffes, die für Mittwochvormittag 10 Uhr angesetzt war, ist wiederum abgesetzt worden.

Das wahrscheinliche Ergebnis von Genf.

Genf, 9. Sept. Das wahrscheinliche Ergebnis der Verhandlungen über die Abrüstungsfrage wird eine internationale Umarmung sein, die alle Rechtsstreitigkeiten dem Haager Schiedsgericht überweist. Die politischen Streitfälle sollen in Zukunft einem besonderen noch zu schaffenden Gerichtshof unterbreitet werden. Als Kompromissformel zwischen dem englischen und französischen Standpunkt in der Abrüstungsfrage werden die im Völkerbundstatut vorgesehenen Sanktionen gegen Angreifer eine bedeutende Verschärfung erfahren. Man würde damit den französischen Sonderwünschen und denen der Kleinen Entente entgegenkommen die bei solchen Garantien zu Zugeständnissen in der Abrüstungsfrage bereit sind. Die Frage bleibt allerdings offen, ob diese Lösung die extremen Forderungen einer bedingungslosen Abrüstung befriedigen wird.

Der Völkerbund erwartet Deutschlands Antrag.

London, 10. Sept. „Daily Telegraph“ meldet heute aus Genf: Die dort versammelten Völkerbundsdelegierten erwarten auf Grund zuverlässigster Berliner Informationen den Antrag Deutschlands auf Zulassung zum Völkerbund. Der schon in den nächsten Tagen in Genf eintreffen soll.

In Berlin sind noch keinerlei Beschlüsse gefaßt worden, die auf einen so schnellen Aufnahmeantrag abhingen. Auch diese Frage wird erst in den Kabinettsberatungen der nächsten Woche nach Rückkehr von Wray und Stresemann angeschnitten werden. Ebenso ist noch keine Entscheidung über die Ratifizierung der Kriegsschuldfrage gefallen.

London 10. Sept. Wie das Neuterbüro erzählt hat die Völkerbundsunion ein Telegramm über Sonderberichterstatters in Genf erhalten, das besagt die Erklärung Herrlots gegenüber den deutschen Abgeordneten, daß Frankreich keinen Einwand dagegen habe, wenn Deutschland einen künftigen Sitz im Völkerbundrat ohne neue Unterzeichnung des Versailler Vertrages erhalte, habe bedeutungsvolle Folgen. Die Gegenpartei habe sich auf zwei Argumente gegründet: 1. daß Frankreich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbundrat nicht zustimmen werde, und 2. daß Deutschland erneut die Erklärung abzugeben habe, es sei am Kriegsschuldfrage. Wenn also die Erklärung Herrlots die Haltung seiner Regierung korrekt wiedergibt, und wenn die anderen Mitglieder des Völkerbunds die gleiche Auffassung vertreten, was, wie bekannt, strig ist, so könnte Deutschland während der gegenwärtigen Ratung Mitglied des Völkerbundes werden, sobald die technischen Formalitäten erledigt seien. Die Gegenpartei würde abgelehnt werden müssen, um die Zeit bei